

Geschäftsverteilungsplan des Bundesfinanzhofes für das Jahr 1969

A. Geschäftsverteilung

Präsident: Dr. h. c. Wolfgang Mersmann

Vizepräsident: Günther Wauer

Allgemeine Verwaltung, Leitung und Beaufsichtigung des gesamten Geschäftsganges, Personal- und Verwaltungsangelegenheiten, Haushalts- und Kassenwesen

Sachliche Zuständigkeit der Senate

I. Senat

1. Körperschaftsteuer,
2. Einkommensteuer, soweit es sich handelt um Einkünfte aus Gewerbebetrieb natürlicher Personen mit den Anfangsbuchstaben M—Z,
3. Einkommensteuer (einschließlich Steuerabzug vom Kapitalertrag und Lohnsteuer) von natürlichen Personen und einheitliche Gewinnfeststellung, soweit es sich um Fälle der beschränkten Steuerpflicht und um Fragen der Auslegung von Doppelbesteuerungsabkommen handelt und wenn die sich daraus ergebenden Fragen allein oder überwiegend zu beurteilen sind. Stehen andere Rechtsfragen von allgemeiner Bedeutung im Vordergrund, so ist der sonst nach dem Geschäftsverteilungsplan zuständige Senat zuständig,
4. Gewerbesteuer, Kirchensteuer, Steuerabzug vom Kapitalertrag (einschließlich Pauschsteuer nach § 6 Abs. 2 des Gesetzes über steuerrechtliche Maßnahmen bei Erhöhung des Nennkapitals aus Gesellschaftsmitteln und bei Überlassung von eigenen Aktien an Arbeitnehmer i. d. F. vom 2. November 1961, BStBl. I 1961, 707), Steuerabzug von Aufsichtsratsvergütungen in den Fällen der Ziff. 1,
5. Gewerbesteuer in den Fällen zu Ziff. 2 und 3,
6. Notopfer Berlin, Währungsnotopfer Westberlin (Gesetz vom 21. Juli 1949 — Verordnungsblatt für Groß-Berlin S. 217 —) in den Fällen zu Ziff. 1,
7. Zerlegung der Körperschaftsteuer (Zerlegungsgesetz vom 29. März 1952).

II. Senat

1. Erbschaft- und Schenkungsteuer,
2. Grunderwerbsteuer,
3. Kapitalverkehrssteuern,
 - a) Gesellschaftsteuer,
 - b) Wertpapiersteuer,
 - c) Börsenumsatzsteuer,
4. Beförderungsteuer,
5. Kraftfahrzeugsteuer,
6. Rennwett- und Lotteriesteuer,
7. Versicherungsteuer,
8. Feuerschutzsteuer,
9. Wechselsteuer,
10. Rentenbankgrundschuldensachen,
11. Ostmarkumtauschabgabe (Berlin),
12. Umstellung und Erstattung von Reichssteuern aus der Zeit vor dem 8. Mai 1945 (Berlin),
13. Spielbankabgabe,
14. Urkundensteuer des Saarlandes,
15. Vergnügungssteuer,
16. Hundesteuer.

III. Senat

1. Einheitsbewertung und Bodenschätzung,
2. Vermögensteuer,
3. Grundsteuer, einschließlich Baulandsteuer (Grundsteuer C),
4. Baunotabgabe,
5. Soforthilfeabgabe und Soforthilfe-Sonderabgabe,
6. Hypothekensicherungsgesetz (Umstellungsgrundschuldleistungen),
7. Lastenausgleichsabgaben:
 - a) Vermögensabgabe,
 - b) Hypothekengewinnabgabe,
 - c) Kreditgewinnabgabe,
 - d) Feststellung von Vertreibungsschäden und Kriegsschäden,
8. Landwirtschaftskammerbeiträge, Landwirtschaftskammerumlagen, Landwirtschaftskammerabgaben nach landesgesetzlichen Vorschriften.

IV. Senat

1. Einkommensteuer, soweit es sich handelt um
 - a) Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft,
 - b) Einkünfte aus Gewerbebetrieb für natürliche Personen mit den Anfangsbuchstaben A—L,
 - c) Einkünfte aus selbständiger Arbeit,
2. Einheitliche Gewinnfeststellung, soweit es sich handelt um Einkünfte

aus Land- und Forstwirtschaft und aus selbständiger Arbeit für alle Personengesellschaften, aus Gewerbebetrieb nur für Personengesellschaften mit den Anfangsbuchstaben A—M,
3. Gewerbesteuer in den Fällen zu Ziff. 1 und 2,
4. Zerlegung der Einkommensteuer (Zerlegungsgesetz vom 29. März 1952),
5. Gesonderte Gewinnfeststellung für gewerbliche Betriebe.

V. Senat

1. Umsatzsteuer ausschließlich der Umsatzausgleichsteuer,
2. Getränkesteuer.

VI. Senat

1. Einkommensteuer, soweit es sich handelt um
 - a) Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit,
 - b) Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung,
 - c) Einkünfte aus Kapitalvermögen,
 - d) Sonstige Einkünfte,
 - e) Sonderausgaben,
 - f) Zusammenveranlagung mit Kindern (§ 27 EStG 1963 und vorher),
 - g) Tarifvorschriften des § 32 EStG und der §§ 32a — 32c EStG 1955 ff., auch soweit die Zusammenveranlagung von Eheleuten (§§ 26, 26b EStG) wegen der Anwendung des Splittingtarifs streitig ist,
 - h) Außergewöhnliche Belastung (§§ 33 und 33a EStG),
2. Einheitliche Gewinnfeststellung, soweit es sich handelt um Einkünfte aus Gewerbebetrieb von Personengesellschaften mit den Anfangsbuchstaben N—Z,
3. Einheitliche Feststellung der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung,
4. Lohnsteuer,
5. Gewerbesteuer in den Fällen zu Ziff. 2,
6. Steuerabzug vom Kapitalertrag, soweit nicht der I. Senat zuständig ist,
7. Steuerabzug von Aufsichtsratsvergütungen, soweit nicht der I. Senat zuständig ist,
8. Kirchensteuer, soweit nicht der I. Senat zuständig ist,
9. Wohnungsbau-Prämien,
10. Zerlegung der Lohnsteuer,
11. Bergmannsprämien,
12. Spar-Prämien,
13. Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer,
14. Beiträge nach dem Bremischen Gesetz über die Arbeitnehmerkammern im Lande Bremen,
15. Investitionszulage nach dem Berlinhilfegesetz,
16. Vergünstigung für Arbeitnehmer in Berlin (West) nach dem Gesetz über Steuererleichterungen und Arbeitnehmervergünstigungen in Berlin (West) und nach dem Berlinhilfegesetz.

soweit nur diese Fragen streitig sind,

VII. Senat

1. Zollrecht,
2. Zolltarif,
3. Abschöpfungen bei der Einfuhr,
4. Erstattungen bei der Ausfuhr,
5. a) Umsatzausgleichsteuer,
b) Einfuhrumsatzsteuer und Vergütungen nach dem Absicherungsgesetz,
6. Biersteuer,
7. Branntweinsteuer,
8. Essigsäuresteuer,
9. Gemeindefuhrsteuer auf der Insel Helgoland,
10. Kaffeesteuer,
11. Leuchtmittelsteuer,
12. Mineralölsteuer,
13. Salzsteuer,
14. Schaumweinsteuer,
15. Spielkartensteuer,
16. Süßstoffsteuer,
17. Tabaksteuer
18. Teesteuer
19. Zuckersteuer,
20. Zündwarensteuer,
21. Branntweinmonopol,
22. Zündwarenmonopol,
23. Kohlenabgabe zur Förderung des Bergarbeiterwohnungsbaus im Kohlenbergbau,
24. Berliner Ausgleichsabgabe,
25. Schankerlaubnissteuer,
26. Reichsabgaben- und Finanzgerichtsordnung sowie Steuerberatungsgesetz bei Streitigkeiten wegen
 - a) geschäftsmäßiger Hilfeleistung in Steuersachen,
 - b) Aufrechnung, wenn der Rechtsstreit ausschließlich die Aufrechnung betrifft (§ 124 AO),
 - c) Abrechnungsbescheide (§ 125 AO), wenn die Steuerfestsetzungen nicht bestritten sind,
 - d) Verfügungen (§ 91 AO), die nach § 202 AO erzwingbar sind, und die Androhung und Festsetzung von Zwangsmitteln (§ 202 AO),
 - e) Beitreibungsfragen (Rechtmäßigkeit von Pfändungen, Unpfändbarkeit von Gegenständen usw.), ausgenommen Arrestanordnung und Arrestvollzug,
 - f) Steuergeheimnis, wenn nur Fragen des Steuergeheimnisses umstritten sind,
 - g) Kosten, mit Ausnahme von Streitigkeiten allein über den Streitwert im Rahmen von Kostenfestsetzungsverfahren,
 - aa) nach Kostenfestsetzungen durch die Finanzbehörden,
 - bb) nach Kostenfestsetzungen durch die Kosten- bzw. Urkundsbeamten bei den Finanzgerichten,
 - cc) die landesrechtlich geregelt sind, soweit der Finanzrechtsweg für die Hauptsache eröffnet ist,
 - h) einstweiliger Anordnung, wenn kein Zusammenhang mit einer Steuer oder einem steuerrechtlichen Feststellungsverfahren besteht,
 - i) Entbindung vom Amt als ehrenamtlicher Finanzrichter.

Großer Senat

Fälle des § 11 Abs. 3 und 4 i. V. mit § 184 Abs. 2 Ziff. 5 FGO.

Anmerkungen

I. Ausnahmeregelungen

1. Abweichend von der vorstehenden Geschäftsverteilung hat ein Senat auch über eine ihm nicht zugeteilte Steuerart mit zu entscheiden, und zwar
 - a) in den Fällen, in denen die Vorinstanz verschiedene Steuerarten in einer Entscheidung zusammengefaßt hat und keine materiell verschiedenen Rechtsfragen streitig sind,
 - b) in den Fällen, in denen die Vorinstanz nach Steuerarten getrennte Entscheidungen getroffen hat, aber nur eine Rechtsfrage streitig ist, über die einheitlich entschieden werden muß.

In diesen Fällen ist für die gesamte Sache der Senat zuständig, in dessen Aufgabengebiet die Steuerart mit dem höchsten Streitwert fällt.

2. Wenn der I., IV. oder VI. Senat für Fälle zuständig ist, in denen Schätzungen von Einkünften dem Grunde oder (und) der Höhe nach streitig sind, so sind diese Senate auch zuständig, soweit in diesen Fällen die Schätzungen neben Einkünften auch den Umsatz betreffen. Ist außer über die Schätzung noch über eine andere umsatzsteuerliche Frage zu entscheiden, so ist hinsichtlich der Umsatzsteuer — auch wegen der Schätzung des Umsatzes — der V. Senat zuständig.

II. Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen dem I., IV. und VI. Senat

- a) Für Streitsachen mit mehreren Streitpunkten, von denen einer die Höhe des Gewinns betrifft, ist grundsätzlich der I. oder der IV. Senat zuständig.
- b) Ist die Art der Einkünfte streitig, richtet sich die Zuständigkeit nach der Sachentscheidung der Vorinstanz.
- c) Ergibt sich die Zuständigkeit weder nach Ziff. 2 der Aufgabengebiete für den I. bzw. nach Ziff. 1 der Aufgabengebiete für den IV. und den VI. Senat im Geschäftsverteilungsplan, noch nach vorstehender Ausnahme- und Abgrenzungsregelung, so ist der Senat zuständig, in dessen Aufgabengebiet die überwiegenden Einkünfte fallen.
- d) Sofern die Geschäftsverteilung in Fällen der einheitlichen Gewinnfeststellung eine buchstabenmäßige Abgrenzung vorsieht, wird sie wie folgt vorgenommen:
Trägt die Firmenbezeichnung Familiennamen, so ist immer der erste Buchstabe des ersten Familiennamens maßgebend,
in den übrigen Fällen ist immer der erste Buchstabe der Firmenbezeichnung maßgebend.
- e) Sofern die Geschäftsverteilung bei natürlichen Personen eine buchstabenmäßige Abgrenzung vorsieht, richtet sich die Zuständigkeit in den Fällen, in denen der Steuerpflichtige verstorben oder in Konkurs gefallen ist, nach dessen Familiennamen.

III. Reichsabgabenordnung und Finanzgerichtsordnung

- a) Die Fachsenate entscheiden über Fragen der Reichsabgabenordnung und der Finanzgerichtsordnung, soweit nicht die Zuständigkeit des VII. Senats (Ziff. 26 des Aufgabengebiets des VII. Senats) gegeben ist. Das gilt auch hinsichtlich solcher Verfahren, die sich zwar aus den Hauptverfahren ergeben, mit diesem aber in keinem sachlichen Zusammenhang stehen (z. B. wegen Ordnungsstrafen gegen nicht erschienene Zeugen). Sind mehrere Streitsachen desselben Steuerpflichtigen anhängig, so ist zur Entscheidung zuständig
 - 1) über Nichtzulassungsbeschwerden (§ 115 Abs. 3 FGO) der für die Sachfrage berufene Senat (Anmerkungen zum Geschäftsverteilungsplan I 1, 2),
 - 2) soweit ausschließlich über Fragen der Reichsabgabenordnung und der Finanzgerichtsordnung zu befinden ist, über die einheitlich entschieden werden muß (z. B. Wiederaufnahme des Verfahrens, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, Rechtsmittelverzicht), der Senat, in dessen Aufgabengebiet die Steuerart mit dem höchsten Streitwert fällt (Anmerkungen zum Geschäftsverteilungsplan I 1).
- b) Die Säumniszuschläge werden — wie bisher — von den Senaten behandelt, die für die einzelnen Steuern zuständig sind.

IV. Saarland

Die saarländischen Steuern werden von denselben Senaten behandelt wie die entsprechenden Steuern in dem übrigen Teil der Bundesrepublik.

V. Zuständigkeit bei Abgabe von Streitsachen über Investitionszulage

Hat der I. oder IV. Senat vor dem 1. Januar 1967 einen Bescheid erlassen oder ein Urteil vorbehaltlich der Zustimmung dieser Senate beschlossen, so bleiben diese Senate für die mündliche Verhandlung oder für die endgültige Entscheidung nach Eingang der Stellungnahmen dieser beteiligten Senate zuständig.

B. Besetzung der Senate mit Vertretungsregelung

I. Senat

Vorsitzender: Präsident Dr. h. c. Mersmann
Regelmäßiger Vertreter: Bundesrichter Prof. Dr. von Wallis
Weitere Mitglieder: Bundesrichter Prof. Dr. Grass
Bundesrichter Timm
Bundesrichter Dr. Birkholz
Bundesrichter Dr. Döllerer

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Bundesrichter Reinert für die Bundesrichter
Prof. Dr. von Wallis,
Prof. Dr. Grass und Timm
Bundesrichter Dr. Gräber für die Bundesrichter
Dr. Birkholz und Dr. Döllerer

II. Senat

Vorsitzender: Senatspräsident Dr. Berger
Regelmäßiger Vertreter: Bundesrichter Conze
Weitere Mitglieder: Bundesrichter Dr. Egly
Bundesrichter Dr. Sigloch
Bundesrichter Nergert
Bundesrichter Dr. Meßmer

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Bundesrichter Steinhardt für die Bundesrichter
Conze und Dr. Egly
Bundesrichter Dr. Förger für die Bundesrichter
Dr. Sigloch, Nergert u. Dr. Meßmer

III. Senat

Vorsitzender: Senatspräsident Dr. Ringleb
Regelmäßiger Vertreter: Bundesrichter Dr. Dopatka
Weitere Mitglieder: Bundesrichter Huhn
Bundesrichter Steinhardt
Bundesrichter Dr. Förger
Bundesrichter Dr. Rid

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Bundesrichter Dr. Sigloch für die Bundesrichter
Dr. Dopatka, Dr. Förger u. Dr. Rid
Bundesrichter Dr. Döllerer für die Bundesrichter
Huhn und Steinhardt

IV. Senat

Vorsitzender: Senatspräsident Dr. Grieger
Regelmäßiger Vertreter: Bundesrichter Dr. Littmann
Weitere Mitglieder: Bundesrichter Rademacher
Bundesrichter Dr. Gräber
Bundesrichter Görbing
Bundesrichter Dr. Stendel

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Bundesrichter Dr. Birkholz für die Bundesrichter
Dr. Littmann, Rademacher und
Dr. Stendel
Bundesrichter Kessel für die Bundesrichter
Dr. Gräber und Görbing

V. Senat

Vorsitzender: Vizepräsident Wauer
Regelmäßiger Vertreter: Bundesrichter Dr. Malitzky
Weitere Mitglieder: Bundesrichter Prof. Dr. List
Bundesrichter Voigt
Bundesrichter Linder
Bundesrichter Knopp

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Bundesrichter Dr. Prugger für die Bundesrichter
Dr. Malitzky, Voigt und Knopp
Bundesrichter Dr. Schwarz für die Bundesrichter
Prof. Dr. List und Linder

VI. Senat

Vorsitzender: Bundesrichter Barske
Regelmäßiger Vertreter: Bundesrichter Kessel
Weitere Mitglieder: Bundesrichter Dr. Siméon
Bundesrichter Reinert
Bundesrichter Mann

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Bundesrichter Görbing für die Bundesrichter
Kessel und Reinert
Bundesrichter Rademacher für die Bundesrichter
Barske, Dr. Siméon und Mann

VII. Senat

Vorsitzender: Senatspräsident Dr. Rahn
Regelmäßiger Vertreter: Bundesrichter Edsperger
Weitere Mitglieder: Bundesrichter Prof. Dr. Mattern
Bundesrichter Dr. Schwarz
Bundesrichter Dr. Prugger

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Bundesrichter Prof. Dr. List für die Bundesrichter
Edsperger und Dr. Schwarz
Bundesrichter Linder für die Bundesrichter
Prof. Dr. Mattern und Dr. Prugger

Großer Senat

Vorsitzender: Präsident Dr. h. c. Mersmann
Bestellte Mitglieder: 1. Senatspräsident Dr. Grieger
Bestellte Vertreter: Bundesrichter Görbing
2. Senatspräsident Dr. Ringleb Bundesrichter Reinert
3. Bundesrichter Barske Bundesrichter Dr. Siméon
4. Bundesrichter Prof. Dr. von Wallis Bundesrichter Dr. Döllerer
5. Bundesrichter Steinhardt Bundesrichter Voigt
6. Bundesrichter Prof. Dr. List Bundesrichter Dr. Egly

Anmerkungen

1. Nach welchen Grundsätzen die Mitglieder an den Verfahren mitwirken, bestimmen die Vorsitzenden der Senate (§§ 8, 10 FGO).
2. Fehlt bei einem Senat mit mehr als fünf Mitgliedern bei einer Sitzung ein Richter, so tritt an seine Stelle der an sich für diese Sitzung nach der Regelung des Senatspräsidenten gemäß § 8 Abs. 2 FGO ausgeschlossene Richter. Fehlen bei einem Senat mit mehr als fünf Mitgliedern zwei Richter, so tritt der Vertreter des dienstältesten fehlenden Richters an dessen Stelle.
3. Im Falle der Verhinderung eines regelmäßigen Vertreters tritt der zweite für Mitglieder des gleichen Senats bestimmte regelmäßige Vertreter für ihn ein. Die weitere Vertretung regelt sich nach § 67 GVG.
4. Für den Fall der Verhinderung des Senatspräsidenten und dessen Vertretung durch den regelmäßigen Vertreter gilt dieser als fehlend.